

Dicke Bretter bohren!

Wie reagieren auf Populisten?

Dr. Nils Hesse

Im politischen Berlin steigt angesichts des derzeitigen demoskopischen Höhenflugs der AfD und der Wahl eines AfD-Politikers zum Landrat in Südthüringen die Nervosität. Wie in anderen westlichen Demokratien wird auch hierzulande nach Antworten auf die Herausforderungen durch Rechtspopulisten gesucht. Dieser Beitrag stellt drei mögliche Reaktionen etablierter Parteien und politischer Beobachter vor und ordnet sie anhand der Erkenntnisse aus der Populismusforschung ein:

- 1.) Eine moralische, politische und rechtliche Ausgrenzung
- 2.) Eine partielle inhaltliche und politische Annäherung
- 3.) Reformen an den demokratischen und marktwirtschaftlichen Institutionen.

Der Beitrag stellt verschiedene Formen der einzelnen Reaktionen vor, benennt Beispiele und fasst empirische Ergebnisse zu ihren Erfolgsaussichten zusammen. Wie wirken sich die Reaktionen auf die Stärke populistischer Parteien in der kurzen und langen Frist aus, wie auf die politische Positionierung der Populisten? Welche Risiken sind jeweils zu beachten? Welche Reaktion kann einer Verschärfung der Polarisierung der Gesellschaft und einem schwindenden Vertrauen in die demokratischen Institutionen vorbeugen?

Als schwierigste aber auch erfolgversprechendste Reaktion werden Reformen an den demokratischen und marktwirtschaftlichen Institutionen und eine offenere Debattenkultur identifiziert. Wenn die Repräsentationslücken kleiner und die Responsivität der Politik größer werden, sinkt das Mobilisierungspotential von Populisten dauerhaft. Der Beitrag schließt mit einem Fallbeispiel AfD und einem Fazit.

Moralische, politische und rechtliche Ab- und Ausgrenzung

Eine häufige Reaktion vor allem auf neue populistische Bewegungen und Parteien ist eine klare, oft moralisierende und polemisierende Ab- und Ausgrenzung, die bis zu einem Ausschluss von Populisten und deren Anhängern aus dem öffentlichen Diskurs und – insoweit möglich – den demokratischen Institutionen führt. Eine Aus- und Abgrenzungsrhetorik von Populisten wird mit scharfer Rhetorik durch die etablierten Eliten gespiegelt. Ausgangspunkt

für die Ausgrenzungsstrategie ist die Einschätzung, dass Populisten gesellschaftliche Spaltungen vertiefen, der wirtschaftlichen Entwicklung schaden¹ und den pluralistischen und demokratischen Grundkonsens in Frage stellen. Vor allem wegen letzterem müsse die Demokratie aus Selbstschutz Populisten konsequent ausgrenzen und als „Feinde der Demokratie“ bekämpfen.²

Populisten und ihre Anhänger werden dabei als „*basket of deplorables*“ (ein Haufen Bedauerns- oder Verachtenswerter) und zumindest zum Teil als „*irredeemable*“ (unrettbar) (Hillary Clinton), „*fruitcakes, loonies and closet racists*“ (David Cameron) oder „*hillbillies*“ (Hinterwäldler) bezeichnet.³ Die moralische Ausgrenzung von Populisten ist kein neues Phänomen. Frank (2020, S. 11ff.) zitiert aus einflussreichen amerikanischen Zeitungen der Endphase des 19. Jahrhunderts, wie diese auf die neu aufkommende populistische Bewegung 1891 reagierten: Dort war von einem „*mob*“ (Kansas City Star) die Rede, welcher sich mit seinem Gehabe und seinem „Heu in den Haaren“ (*Topeka Capital*) lächerlich mache. Breiter wurden die Angriffe gegen den von den Populisten unterstützten Präsidentschaftskandidaten Bryan 1896. Medien, Wirtschaft, Kirchen und Wissenschaft wandten sich damals weitgehend geschlossen und mit harten Angriffen und Abgrenzungen gegen die befürchtete Übernahme der Demokraten durch die Populisten.⁴

Etablierte Parteien haben verschiedene Möglichkeiten sich von Populisten abzugrenzen und diese zu isolieren:⁵

1.) Nach einer konsequenten Isolationsstrategie ist der (öffentliche) Diskurs mit Populisten grundsätzlich zu verweigern. Ein Beispiel ist Jacques Chiracs Weigerung, im Wahlkampf 2002 mit Jean-Marie Le Pen zu diskutieren. Gegenüber der österreichischen Regierung

¹ Vgl. hierzu etwa Funke, Schularick & Trebesch (2020).

² Vgl. für diese Sicht etwa Rummens (2017, S. 565).

³ Vgl. für den Ausdruck *Hillbillies* J.D. Vance (2016/2017). Als „*fruitcakes, loonies and closet racists*“ bezeichnete Cameron 2006 UKIP, Clinton bezeichnet bei einer Rede 2016 die Hälfte der Anhänger Trumps als „*basket of deplorables*“.

⁴ Vgl. Frank (2020, S. 57ff.). So sprachen sich in einer Umfrage von 15 Universitätspräsidenten keiner für Bryan aus. Der spätere Präsident Theodore Roosevelt beschreibt Populisten im ‚*Review of Reviews*‘ implizit als ungewaschen und unkultiviert: „*That a man should change his clothes in the evening, that he should dine at any other hour than noon, impress [the Populists] as being symptoms of depravity instead of merely trivial. A taste for learning and cultivated friends, and a tendency to bathe frequently, cause them the deepest suspicion.*“ (zitiert nach Frank 2020, S. 62). Francis X. Matthews von der populistischen Zeitschrift *American Nonconformist* berichtet nach einem Treffen der ‚*National Reform Press Association*‘ 1895: „*This band of Populist editors ... [was] ... compelled to face such a storm of ridicule and vindictive hatred seldom falls to the lot of men.*“ (zitiert nach Goodwyn 1978, S. 207).

⁵ Kuran (1997, S. 100ff.) können Bürger nicht vor allen negativen sozialen Sanktionen geschützt werden, die sie wegen öffentlich bekundeter Präferenzen erfahren. Ziel müsse es sein, den Katalog möglicher Sanktionen einzugrenzen und zumindest physische und ökonomische Sanktionen zu verbieten.

Schüssel/Haider verständigten sich die restlichen EU-Staaten im Jahr 2000 darauf, die Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren. Besonders bedeutsam wird diese Strategie, wenn eine politische Ächtung von einer gesellschaftlichen Ächtung begleitet wird.

2.) Eine differenzierte Isolationsstrategie („*concentric containment*“⁶) lässt Populisten zunächst frei in der informellen öffentlichen Sphäre operieren. Je näher Populisten aber an die Machtzentren repräsentativer Demokratien kommen, umso klarer soll nach dieser Strategie jede Form der Zusammenarbeit, der Koalitionsbildung oder der Kooperation mit populistischen Parteien in einer demokratischen Pufferzone („*cordon sanitaire*“⁷) ausgeschlossen werden.

3.) Eine milde Variante der Isolationsstrategie ist die *defusion*-Strategie, bei der etablierte Parteien den Fokus auf Themen legen, bei denen sie sich einen strategischen Vorteil gegenüber populistischen Parteien erhoffen, etwa weil die populistischen Parteien hierzu noch keine Position entwickelt haben.⁸

4.) Eine Aufklärungs- und Konfrontationsstrategie zielt auf die von Populisten verbreiteten (Fehl-)Informationen. Dabei werden sowohl die Parteien als auch die Wähler in zwei Gruppen unterteilt: Einem vernünftigen, werteorientierten, aufgeklärten, gebildeten, offenen und am sachlichen Austausch interessierten Teil wird eine irrationale, frustrierte und in großen Teilen bössartige Gruppe gegenübergestellt, die zu einer demokratischen Debatte nicht mehr fähig sei, weil sie von Fake News und Populisten desinformiert, manipuliert und aufgehetzt nur noch ihre vorgefassten Ansichten bestätigen will.⁹ In diesem Sinn ruft etwa Emmanuel Macron vor dem US-Kongress am 25. April 2018 zur Verteidigung der Demokratie auf:

„To protect our democracies, we have to fight against the ever-growing virus of fake news, which exposes our people to irrational fear and imaginary risk. [...] Without reason, without truce, there's no real democracy, because democracy is about true choices and rational decisions. The corruption of information is an attempt to corrode the very spirit of our democracies.“

Dieser Strategie folgend nutzen etablierte Politiker populistische Positionen als einen nach Süden zeigenden Kompass, zu denen sie sich gegensätzlich positionieren.

5.) Eine Bündelungsstrategie will alle etablierten politischen und technokratischen Kräfte koordinieren und gegen Populisten in Stellung bringen. Gegen populistische und/oder autoritäre Regierungen wie der aktuellen Fidesz-Regierung in Ungarn oder der chilenischen

⁶ Rummens (2017, S. 564ff).

⁷ Rummens (2017, S. 564).

⁸ Goodwin (2011, S. 23f.).

⁹ Vgl. für eine Diskussion Farkas & Schou (2019).

Militärdiktatur in den 1980er Jahren bildeten sich Allparteienkoalitionen;¹⁰ um die Wahl Marine Le Pens in Frankreich (2017, 2022) oder Norbert Hofers in Österreich (2016) zu verhindern, erhielten Macron und Van der Bellen eine breite Unterstützung aus Politik und Medien.¹¹ Neben der Ausgrenzung von Populisten in konkurrierenden Bewegungen und Parteien gab es in den USA lange ein effektives „*Gatekeeping*“ innerhalb der demokratischen Partei und den Republikanern, das Kandidaturen etwa von Charles Lindberg, Huey Long, Leonard Wood, George Wallace oder Henry Ford verhinderte.¹² Ohne die Unterstützung von weiten Teilen der Medien, Verbänden, Aktivisten und vom Parteiestablishment war es bis 2016 nicht möglich, Präsident der USA zu werden.¹³

6.) Über die moralische und politische Abgrenzung hinaus geht die rechtliche Abgrenzung und Sanktionierung. Beispiele gegen Geert Wilders und dessen Frage an seine Anhänger, ob sie mehr oder weniger Marokkaner in ihrer Stadt und in den Niederlanden wollen, die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz oder die EU-Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn und Polen.

Bewertung

Isolations- und Ausgrenzungsstrategien werden von vielen Populismusforschern als kontraproduktiv und gefährlich angesehen. Kaltwasser (2017, S. 500ff.) und von Beyme (2018, S. 126) sehen Populisten infolge einer Trennung zwischen guten Demokraten und bösen Populisten und „einer übertriebenen Abgrenzungssucht“ in ihrer Opferrolle bestärkt. So hat die „*fighting fire with fire*“-Strategie der inländischen Opposition und der ausländischen Kräfte in Venezuela letztlich den hegemonialen Status der Chavismos verstärkt.¹⁴ Ähnlich sieht Luhmann (2008) in einer moralisch aufgeladenen Mobilisierung gegen Populisten die Gefahr einer weiteren demokratiegefährdenden Eskalationsdynamik. Politisches Handeln, so

¹⁰ Vgl. Levitsky & Ziblatt (2018, S. 220f.), wonach eine Anti-Pinochet-Koalition bestehend aus 20 Parteien Ende der 1980er Jahre die Rückkehr zur Demokratie vorbereitete.

¹¹ Van der Bellen von den Grünen wurde trotz ideologischer Unterschiede von verschiedenen ÖVP-Politikern unterstützt, etwa vom Präsidentschaftskandidaten Andreas Khol, vom damaligen Parteivorsitzenden Reinhold Mitterlehner oder der Ministerin Sophie Karmasin (Levitsky & Ziblatt 2018, S. 31). Im Fall Macrons riefen der Gegenkandidat der Sozialisten Benoît Hamon und der Republikaner François Fillon für die Stichwahl zur Wahl Macrons auf. Teil der Anti-Populismus-Fraktion sind häufig NGO und Aktivisten. Diese grenzen sich mittels Demonstrationen, Aktionen oder Kampagnen von Populisten ab. So versuchen verschiedene, häufig innerparteiliche, aktivistische Netzwerke mit Agitprop-Aktionen auf illiberale oder rechtspopulistische Tendenzen aufmerksam zu machen, etwa die mittlerweile wieder aufgelöste ‚Union der Mitte‘ innerhalb der CDU, die in der FDP entstandene ‚Operation Heuss‘, die gegen die Schweizerische Volkspartei gerichtete ‚Operation Libero‘ oder das ‚Lincoln Project‘ in den USA, das 2019 von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der Republikanischen Partei mit dem Ziel gegründet wurde, Donald Trumps Schaden für die Demokratie zu begrenzen.

¹² Vgl. Levitsky & Ziblatt (2018, S. 33ff.).

¹³ Levitsky & Ziblatt (2018, S. 52).

¹⁴ Kaltwasser (2017, S. 502).

Luhmann (2008), müsse mit Rücksicht auf Demokratie auf einer Ebene höherer Amoralität ablaufen. Eine moralisch aufgeladene Abgrenzungsstrategie kann das Bild von Populisten bestärken, wonach sich die Eliten für besser halten und sich zunehmend abschotten.¹⁵ Die Anreize für Populisten, moderatere Positionen anzunehmen, sinken dadurch („freezing effect“).¹⁶

Eine verschärfte Spaltung der Gesellschaft droht, wenn Politiker wie Macron in oben angesprochener Rede die Gesellschaft in einen vermeintlich aufgeklärten und rationalen sowie einen irrationalen und unbedarften Teil rhetorisch trennen. Macron erweckt den Eindruck, die von ihm repräsentierte liberale Elite hätte weder irrationale Ängste noch eingebildete Risiken, sondern wäre strikt der rationalen Suche nach Wahrheit verpflichtet. Er beschwört ein Phänomen, das Wissenschaftler „Third-Person-Effect“ nennen, wonach gebildete Menschen sich einbilden, weniger anfällig für *Fake News* zu sein.¹⁷

Dabei beruhen ethische und politische Überzeugungen unabhängig von der Intelligenz oder dem Bildungsgrad nur selten auf rationalen Abwägungen. Vielmehr bauen sie auf moralischen Grundüberzeugungen auf, zu denen Haidt (2013) sowie Hübl (2019, S. 14) folgend Fairness, Freiheit und Fürsorge, gerade bei Konservativen aber auch Loyalität, Autorität und eine religiös geprägte Kategorie „Reinheit“ gehören. Der Prozess, mit dem diese Überzeugungen im Nachhinein durch Informationen gestützt werden, unterliegt einem *confirmation bias*: Wir nehmen vor allem solche Informationen wahr, die unsere Positionen und Überzeugungen bestätigen. Bei diesem Prozess hilft es, intelligent zu sein und sich in dem Thema gut auszukennen. Intelligenz und Detailwissen helfen aber nicht dabei, Gegenargumente für die eigene Position und die eigenen Überzeugungen zu finden. Im Gegenteil: Je besser sich Menschen in einem Thema auskennen, umso dogmatischer werden sie, umso einseitiger nehmen sie Informationen auf. Da dieser Prozess unbewusst abläuft, spricht Friedman (2020, S. 233) von einer „*conviction spiral*“.¹⁸

¹⁵ Vgl. Priester (2012, S. 20).

¹⁶ Goodwin (2011, S. 23).

¹⁷ Vgl. etwa Corbu et al. (2020). Empirisch zeigt sich zwar, dass Gebildete etwas weniger anfällig für populistisches Gedankengut sind, jedoch genauso emotionalisiert und mit „tribalistischen Scheuklappen“ politische Fakten aufnehmen wie weniger Gebildete (Wolf 2017, S. 4f.).

¹⁸ Für einen Überblick der Studienlage zur *Spiral of Conviction* siehe Friedmann (2019, S. 231ff.). Begründet werden der *Confirmation Bias* und die *Spiral of Conviction* mit einer (unbewussten) Scheu vor einer durch unseren Überzeugungen entgegenstehenden Argumenten und Informationen ausgelöste kognitive Dissonanz. Diese kognitive Dissonanz ist gerade für Experten und Meinungsmacher in Politik, Medien und Wissenschaft unangenehm, die viel in ihre politische Meinung ‚investiert‘ haben (Wolf 2017, S. 5f). Ihnen fällt es leicht, Bestätigungen für ihre Überzeugungen zu finden, sie tun sich aber schwer diese Überzeugungen aufgrund von neuen Positionen, Argumenten und Fakten zu überprüfen oder gar zu revidieren (Wolf 2017, S. 6). Dies gilt umso mehr, wenn diese neuen Positionen und Argumente von Menschen kommen, deren grundlegendes Wertegerüst die andere Seite gar nicht als solches anerkennt und wenn dann allenfalls als ein minderwertiges (Haidt 2013). Im Ergebnis kann die wechselseitige Unterstellung von *Fake-News* und moralischer

Empirisch ist die Wirkung von Ausgrenzungsstrategien auf die Programmatik von rechten Parteien umstritten. Van Spanje und van der Brug (2007) finden in einer Studie von ausgegrenzten rechten Parteien in Europa im Zeitraum 1989 bis 2004 den „*deep-freeze effect*“ bestätigt. Akkerman und Rooduijn (2015, S. 1149) sehen in ihrer Analyse von sechs ausgegrenzten und isolierten rechten Parteien¹⁹ im etwas längeren Zeitraum 1990 bis 2010 den *freezing*-Effekt hingegen nicht bestätigt. Vielmehr seien ausgegrenzte Parteien flexibel genug, ihre Positionen den internen Machtverhältnissen entsprechend zwischen moderaten und radikalen Kräften anzupassen.

Eine andere Frage ist, ob die Ausgrenzungs- und Isolationsstrategien Populisten langfristig eher schwächen oder eher stärken. Zwar können solche Strategien moderate Wähler abschrecken und es den populistischen Parteien erschweren, sich öffentlich zu präsentieren sowie kompetente und vermittelbare Kandidaten zu gewinnen.²⁰ Infolge einer Ausgrenzung können radikalisierte Populisten aber neue Wählergruppen etwa in den urbanen Unterschichten erschließen, die den Verlust an moderaten Wähler (über-)kompensieren.

Viel hängt vom Timing ab. Bei populistischen Parteien, die sich schon im radikalen Parteienspektrum etabliert haben und über eine feste Anhängerschaft verfügen, wirken Ausgrenzungsstrategien sehr begrenzt.²¹ Politiker dieser radikalen Parteien und bekennende Anhänger haben ohnehin den gesellschaftlichen Ansehensverlust mit all den Konsequenzen bereits eingepreist.²² Anders sieht es bei neuen populistischen Parteien aus, die sich an den klassischen Mittelstand richten. Bei diesen anfänglich moderaten Parteien wirkt die Ausgrenzungsstrategie häufig wie eine selbsterfüllende Prophezeiung, die moderate Populisten in eine Radikalisierungsspirale führt. Für einmal ausgegrenzte Parteien ist es kaum noch möglich, das alte Image und damit das soziale Stigma abzulegen.²³

Unterlegenheit dem demokratischen Diskurs einen deutlich größeren Schaden zufügen als die inkorrekte politische Aussage (Hoffmann 2020, S. 79).

¹⁹ Bei den von Akkerman & Rooduijn (2015) untersuchten ausgegrenzten Parteien handelt es sich zum Großteil um rechtsradikale und nationalistische Parteien: Die Republikaner in Deutschland, die Christlich-Demokratische-Partei sowie der *Front National* in Frankreich, die *British National Party* sowie in Belgien *Vlaams Belang* und der belgische *Front National*.

²⁰ Art (2011, S. 105).

²¹ Akkerman & Rooduijn (2015, S. 1149).

²² Art (2011, S. 105) spricht bei der *British National Party*, den Schwedendemokraten, den in den 1990er Jahren im Parlament vertretenden niederländischen *Centrum Democraten* und dem belgischen *Front National* von „*parties of poor souls*“, deren Aktivisten übereinstimmend davon berichten, wie sie aufgrund ihres Aktivismus Arbeitsplätze und Freunde verloren haben. Viele bereuten es daher, für diese Parteien öffentlich aktiv geworden zu sein (Art 2011, S. 105).

²³ Vgl. Art (2011, S. 105).

Partielle inhaltliche und politische Annäherung

Statt Populisten auszugrenzen, können sich etablierte Parteien zumindest mit ausgewählten, berechtigten oder zumindest diskussionswürdigen populistischen Mobilisierungsthemen ernsthaft auseinandersetzen und partiell populistische Positionen oder Stilelemente übernehmen. Ausgegrenzt werden nach diesem Ansatz nur unberechtigte und vermeintlich undemokratische Forderungen sowie populistische Politiker, während die Wähler von Populisten demokratische Angebote erhalten sollen.²⁴

Der Ansatz partieller inhaltlicher und politischer Annäherung geht von einem differenzierten populistischen Verhältnis zur Demokratie aus, wobei häufig linker Populismus als legitim, inklusiv und diskussionswürdig gesehen wird, während ein exkludierender, rechter Populismus ausgegrenzt wird.²⁵

Beispiele, in denen etablierte Parteien bestimmte populistische Positionen übernommen haben, sind zahlreich. So werden die Ende des 19. Jahrhunderts zunächst von der *People's Party* in den USA geforderten und später von Demokraten und Republikanern umgesetzten Reformen als „*Populist Contribution*“²⁶ bezeichnet. Neben (direkt-)demokratischen Reformen nahmen Änderungen am Goldstandard, Zinsregulierungen oder Beschränkungen der asiatischen Zuwanderung Wind aus den Segeln der Ur-Populisten.²⁷ Weniger mit konkreten Reformen und Zugeständnissen als mit einem glaubhaften Signal an die kleinen Leute, ihren Interessen eine Stimme zu verleihen, gelang es Charles de Gaulle 1958, das in der UDCA von Pierre Poujade gesammelte Protestpotential wieder im bürgerlichen Lager einzuschließen.²⁸ Weitere Beispiele sind die verschärfte Asylgesetzgebung Anfang der 1990er Jahre durch Helmut Kohl als Antwort auf die Republikaner und zuletzt der harte Migrationskurs in Australien, Österreich oder Dänemark, den dort zur Eindämmung populistischer Parteien auch Sozialdemokraten und Grüne vorantreiben oder im Fall von Österreich zumindest mittragen.²⁹

Doch nicht immer gelingt es, durch die Übernahme von inhaltlichen Positionen populistische Wahlerfolge einzudämmen. So scheiterte Nicolas Sarkozy im Wahlkampf 2016, nachdem er

²⁴ Vgl. Rummens (2017).

²⁵ Vgl. etwa Diehl (2018), die es gefährlich findet, sich am Rechtspopulismus zu bedienen, während sie beim linken Populismus positive Effekte für die Demokratie erkennt. Müller (2016, S. 28) rät dazu, die ökonomischen Anliegen des „Trumpenproletariats“ ernst zu nehmen – und gleichzeitig der Verfestigung einer Selbstwahrnehmung der Trump-Wähler als einer Art verfolgter weißer Mehrheit entgegenzuwirken.

²⁶ Hicks (1931, S. 404ff.).

²⁷ Eichengreen (2018, S. 145).

²⁸ Priester (2012, S. 238).

²⁹ Moffitt (2017, S. 127), der es in Australien als Vermächtnis des Populisten Howard bezeichnet, dass beide großen Parteien dort einen harten Asyl-Kurs fahren.

Positionen von Marine Le Pen übernommen hatte. David Cameron schaffte es nicht, mit der Aussicht auf EU-Reformen der von UKIP geschürten Brexit-Stimmung entgegenzuwirken.

Weitergehend als eine partielle inhaltliche Annäherung an Populisten ist eine politische Annäherung und Zusammenarbeit in Koalitionsregierungen. Politisch nähern sich etablierte Parteien meist erst Populisten an, wenn eine Ausgrenzung und partielle inhaltliche Annäherung nicht funktionieren. Populisten sollen sich – so das Kalkül – in Regierungsverantwortung ‚entzaubern‘ oder angesichts der Sach- und Kompromisszwänge mäßigen. Ein aktuelles Beispiel einer politischen Annäherung zeigt sich in Schweden, wo die Schwedendemokraten ein bürgerliches Regierungsbündnis unterstützen. Zuvor hatten die bürgerlichen Parteien ihre Strategie der Ausgrenzung beendet und sich auf klassisch liberalkonservative Positionen besonnen, während sich die Schwedendemokraten mäßigten.

Bewertung

Inwieweit sich diese Entzauberungs- und Mäßigungserwartungen erfüllen, ist umstritten. Während die Entzauberung in Südamerika häufig mit einem großen Schaden für die Demokratie und die Wirtschaft bezahlt werden muss, bestätigt sich die Mäßigungserwartung empirischen Studien zufolge in Europa zuletzt nicht. Akkerman und Rooduijn (2015) haben die Parteiprogramme europäischer rechtspopulistischer Parteien insbesondere hinsichtlich ihrer migrationspolitischen Positionierung untersucht und dabei zwischen politisch geächteten und nichtgeächteten Parteien unterschieden. Anders als Studien, die das späte 20. Jahrhundert abdecken oder die sich wie Taggart und Pirro (2021, S. 289) auf die europapolitische Positionierung konzentrieren³⁰, finden Akkerman und Rooduijn (2015) keine Hinweise, wonach eine politische Inklusion und Regierungsbeteiligung Populisten moderater werden lässt. Demnach sind populistische Parteien nicht einfach zu zähmen wie ein Hund, dem man ein paar Knochen (bzw. Ämter) zuwirft.³¹

Auch wenn Regierungsbeteiligungen Populisten nur begrenzt zähmen, kostet sie die Regierungseinbindung Wählerstimmen.³² Die „*cost of governing*“ sind demnach besonders für solche populistischen Parteien hoch, die als Juniorpartner in eine Regierung eintreten, die extreme Positionen vertreten und deren Koalition eine Mehrheit im Parlament hat.³³

³⁰ Taggart & Pirro (2021, S. 289ff.) zufolge waren 2019 23 von 63 populistischen Parteien in Europa 2019 in Regierungen eingebunden. Die meisten (38) europäischen Populisten würden demnach eine milde Form der Euroskepsis vertreten, nur 14 Parteien sind demnach harte Euroskeptiker.

³¹ Rummens (2017, S. 565).

³² Riera & Pastor (2021, S. 11).

³³ Ebenda.

Eine auf einzelne Themen begrenzte inhaltliche Annäherung an Populisten dient häufig nur als Vorwand etablierter Parteien, um die eigene Agenda durchzusetzen. Parteien, die etwa den freien Welthandel ohnehin kritisch sehen, nehmen populistische Wahlerfolge zum Anlass, den eigenen protektionistischen Forderungen mehr Gewicht zu verleihen. Dabei mischt sich neben einem vordergründigen Verständnis für die Sorgen der Wähler häufig ein belehrender Unterton, mit dem der eigene politische Standpunkt besser erklärt werden soll. Eine solche rein strategische oder belehrende Annäherung hat wenig Aussicht, bei Anhängern populistischer Parteien zu verfangen.

Zudem setzen auch populistische Parteien häufig nur an den Symptomen etwa einer politischen und wirtschaftlichen Machtkonzentration oder einem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel an, ohne an die Wurzel struktureller Probleme zu gehen. Sie wollen die aktuellen Eliten austauschen, ohne zu sehen, dass ohne strukturelle Reformen ein ähnlicher Machtmissbrauch unter neuen Eliten droht. Die partielle Übernahme unreflektierter populistischer Positionen wirkt allenfalls kurzfristig, räumt die tieferliegenden Ursachen des Populismus aber nicht aus der Welt. Am erfolgreichsten ist die Strategie der inhaltlichen Annäherung, wenn diese weder belehrend vorgetragen noch rein machttaktisch motiviert erfolgt, sondern etablierte Parteien glaubwürdig und gut begründet bislang im Parteienspektrum unterrepräsentierte Positionen und Sichtweisen vertreten.

Reformen an den demokratischen und marktwirtschaftlichen Institutionen

„Der kommunikative Prozess der repräsentativen Demokratie muss darauf angelegt sein, mit vernünftigen Gründen zu überzeugen.“

Peter Graf Kielmansegg (2017b)

Da sowohl eine einfache Ausgrenzung und Ächtung als auch eine Annäherung und Imitation von Populisten meist keinen langfristigen Erfolg versprechen, bleibt eine dritte, differenzierte und anspruchsvolle Strategie, die Selbstkritik, grundlegende Reformen und Offenheit für schwierige Debatten erfordert.

Eine solche Strategie setzt sich nicht nur mit populistischen Stilelementen und Forderungen auseinander, sondern auch mit den grundlegenden Motiven und moralischen Grundüberzeugungen³⁴ populistischer Wähler sowie mit den Schwächen der etablierten demokratischen und marktwirtschaftlichen Institutionen. Die Wahlentscheidung für Populisten wird nicht einfach als Ergebnis von Dummheit, Bösartigkeit, Falschnachrichten oder Manipulationen gesehen. Vielmehr soll die populistische Konkurrenz mit den gleichen

³⁴ Vgl. etwa Haidt (2013).

Maßstäben gemessen werden wie nichtpopulistische Parteien, um das gegenseitige Verständnis zu erhöhen, eine offener Diskussionskultur zu etablieren, Machtkonzentrationen entgegenzuwirken, Steuerungsüberforderungen vorzubeugen, Repräsentationslücken liberaler Demokratien zu verkleinern und um populistischen Freund-Feind-Konstrukten die Grundlage zu nehmen.

Zu den klassischen institutionellen Arrangements, die einer Destabilisierung der Demokratie vorbeugen können, gehören neben Grundrechten und regelmäßigen freien und geheimen Wahlen eine auf mehrere Kammern verteilte Legislative, die horizontale Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive und die vertikale Gewaltenteilung zwischen unterschiedlichen jurisdiktionellen Ebenen, ein unabhängiger Rechtsstaat und konstitutionell verankerte Beschränkungen etwa der Amtszeit von Politikern.³⁵

In den USA endete der Erfolg der Peoples' Party nicht nur deshalb, weil Demokraten und Republikaner einzelne Forderungen der Ur-Populisten übernahmen, sondern auch weil etwa mit dem bereits 1890 eingeführten Sherman Antitrust Act institutionelle Reformen die Marktmacht einzelner Unternehmen beschränkte. Eichengreen et al. (2017) zufolge verdankt der Kandidat des Establishments McKinley seine Wahl 1896 gegen den populistischen Bryan auch einem sich bereits vor der Wahl intensivierenden Wettbewerb im Bankenmarkt. Das Brexit-Referendum wäre vermutlich anders ausgefallen, wäre die EU stärker auf die Reformvorschläge von David Cameron eingegangen.

Die (populär-)wissenschaftliche Populismus-Literatur beschreibt weitere Maßnahmen im Sinne der Reform-Strategie, die in nachfolgender Tabelle stichwortartig zusammengefasst sind:

Autoren	Forderungen / Antworten auf Populismus
Andreas Reckwitz (2020)	„eingebetteter“ / „regulierender Liberalismus“ um Stadt-Land-Differenz zu mindern, kulturellen Wertekonsens annähern und Kultur der Reziprozität etablieren
Timo Lochocki (2018)	Vertrauensformel = solidarische Bürgergesellschaft mit starkem Staat; bürgerlicher Kompromiss = Integrationsgesetz; Europäischer Staatsfonds, etc.
Ulrike Ackermann (2020)	offener Dialog und Meinungsaustausch insbesondere zwischen Intellektuellen auf beiden Seiten des politischen Spektrums
Andreas Rödder (2019)	Agenda für Deutschland „Konservativ 21.0“: flexiblere EU, „ <i>familiy mainstreaming</i> “, bürgergesellschaftliche Leitkultur und Wiederentdeckung des Ordoliberalismus
Ivan Krastev und Stephen Holmes (2019)	„geläuterter Liberalismus“, der nicht mehr nach weltumspannender Hegemonie strebt
John Matsusaka (2020)	schrittweiser Einbau von direktdemokratischen Instrumenten

³⁵ Vgl. Riker (1988, S. 250) sowie Erlei et al. (2016, S. 455ff.).

David Goodhart (2017)	„New Settlement“ / „decent populism“ um Somewheres mehr Gehör und Raum zu verschaffen, erneuerter „national social contract“
David Stadelmann (2020)	institutionelle Arrangements wie bindende Bürgerentscheide, um Bürgern besser zu erlauben, gesellschaftswirksam für das einzustehen, was sie privat für richtig halten
Charles Murray (2012)	„civic great awakening“, Rückbesinnung Amerikas auf unverwüstlichen Optimismus, fehlenden Klassenneid oder Eigenverantwortung
Barry Eichengreen (2018)	Föderalismus, in dem Bundesstaaten über Maß an Umverteilung und direktdemokratischer Mitbestimmung oder Höhe Mindestlohn selbst entscheiden
Armin Schäfer und Michael Zürn (2021)	Technokratischer Neigung widerstehen, mehr Bürgerbeteiligung, weniger Ungleichheit
Dirk Jörke und Veith Selk (2020)	weniger Moralisierung in der politischen Auseinandersetzung, Lücke zwischen Versprechen der Demokratie und sozialer Wirklichkeit beschränken
Robert Misik (2020) / Margaret Canovan (1999)	Leute nehmen wie sie sind / „Trust the People!“
Jan-Werner Müller (2021)	demokratische Institutionen auf Schwachstellen abklopfen
Justus Bender (2017)	weniger Empörung, stärker auf reinigende Kraft des rationalen Diskurs setzen
Norbert Häring (2021)	u.a. wirksamere Wettbewerbspolitik, Reform des Patentrechts, gesellschaftsdienlichen Finanzsektor und Entmachtung von „Schattenmächten“ wie G7, G20
Ronald Inglehart und Pippa Norris (2019)	Politiker, die Gräben überbrücken, statt sie zu vertiefen
Yascha Mounk (2018)	Einigkeit, Ernsthaftigkeit gegenüber den „Sorgen der einfachen Leute“ und eine positive Botschaft
Adam Przeworski (2020)	Verlieren von Wahlen muss für die Unterlegenen attraktiver sein als Leben in undemokratischer Gesellschaft
Thomas Frank (2020)	Frage stellen: „For whom does America exist?“
Eric Protzer und Paul Summerville (2022)	Wähler von Populisten ernst nehmen / gleiche Startchancen, nicht gleiche Ergebnisse
Mark Lilla (2019)	stärkere politische Identifikation mit den politischen Institutionen, robuster demokratisch-republikanischer Bürgersinn
Cristóbal Rovira Kaltwasser (2017)	ehrlicher Dialog mit Populisten
Ursula Münch (2020)	skeptisch-pluralistische Haltung, die sich von der Frage leiten lässt, ob auch das Gegenteil richtig sein könnte
Pierre Rosanvallon (2020)	statt Genehmigungsdemokratie, in der die Wähler eine Lizenz zum Regieren ausstellen, Betätigungs- und Vertrauensdemokratie mit mehr Transparenz, Verantwortung und Reaktivität
Stefan Kolev (2019)	Anhänger von Populisten im Sinne Max Webers verstehen und „ihnen ein glaubhaftes Versprechen eines lebenswürdigen Lebens in dieser extrem dynamischen Welt anbieten“
Peter Graf Kielmansegg (2017)	politische Klasse sollte sich an eigenen, allgegenwärtigen Alltagspopulismus erinnern und Gespür entwickeln, mit Bedürfnis von Menschen umzugehen, „in einer Welt zu leben, die einem vertraut ist, der man sich zugehörig fühlen kann“
Klaus von Beyme (2018)	„differenzierte Anerkennung auch gegenüber Rechtspopulisten, damit dem ‚Rechtsextremismus‘ das Wasser abgegraben wird“

Florian Hartleb (2017)	„nachhaltige Politik“ = Europäische Verfassung mit Insolvenzordnung für Mitglieder der Eurozone; verbindliches Asylsystem; „ideologisches Abrüsten“, Aufwertung des Ehrenamts oder „Mut zum Konflikt“
Luigi Zingales (2014)	„promarket populist“-Agenda, aber keine „probusiness“-Agenda
Bruno Frey und Oliver Zimmer (2023)	neuer Föderalismus mit problemorientierten politischen Einheiten, flexibles demokratisches Abstimmungssystem und den qualifizierten Zufall als Entscheidungsverfahren
Jerg Gutmann und Stefan Voigt (2023)	Einen „militant constitutionalism“, der Verfassung resilienter gegen autoritäre Übernahme macht.

Diese zahlreichen Vorschläge lassen sich grob in vier Kategorien einteilen: 1. Eine offenere und ehrlichere Debattenkultur, 2. Mehr und direktere Beteiligungen der Bürger, 3. Reformen und institutionelle Arrangements, die politische und wirtschaftliche Macht beschränken und 4. ein wettbewerblicher Föderalismus.

Offenere und ehrlichere Debattenkultur

Ziel einer offeneren Debattenkultur ist es, (potentielle) Anhänger von Populisten nicht von oben herab und weniger selbstgewiss zu behandeln. Goodwin (2011, S. 24ff.) unterscheidet drei an der Debattenkultur ansetzende Strategien:

- Die *principle*-Strategie setzt auf eine offene Debatte mit Populisten, in der etablierte Parteien mit den besseren Argumenten und Belegen sowie einer eigenen optimistischen Vision für die Zukunft punkten.
- Die *engagement*-Strategie setzt auf stärkeres Engagement der etablierten Parteien in den Kommunen, bürgernahe Kampagnen, engeren Kontakt zu Vereinen und mehr direkte Bürgerkommunikation.³⁶
- Die *interaction*-Strategie setzt darauf, dass verschiedene Gruppen auf allen Ebenen häufiger zusammenkommen, aus der eigenen „Blase“ herauskommen, sich austauschen und die Sichtweise des Gegenübers kennenlernen.³⁷

Alle drei Strategien können grundlegende gesellschaftliche Konflikte befrieden, nur verlangen sie echte und glaubhafte Verhaltensänderungen von Politikern und Bürgern. Vielen Politikern fällt es schwer, ihre Wut und ihren Zorn auf Populisten zu zügeln³⁸ und sich auf den Wettstreit um die besten Argumente zu fokussieren.

³⁶ Goodwin (2011, S. 26).

³⁷ Vgl. Goodwin (2011, S. 27).

³⁸ Mounk (2018, S. 221) beschreibt, wie eine leidenschaftliche Kritik an Populisten die eigene Anhängerschaft mobilisiert.

Direkte Demokratie

Mehr direktdemokratische Instrumente haben wie die Direktwahl von Senatoren bereits Ende des 19. Jahrhunderts in den USA populistischen Unmut besänftigt.³⁹ Matsusaka (2020, S. 237), Frey und Zimmer (2023, S. 88), Kirchgässner (1988, S. 68) sowie Schaltegger und Feld (2003) folgend können direktdemokratische Instrumente

- a) politische Entscheidungen mehr in Deckung mit den Mehrheitspräferenzen bringen,
- b) den Einfluss von Interessensgruppen beschränken,
- c) die politische Polarisierung vermindern, indem eine tendenziell zentristische Mehrheit die Extreme überstimmt,
- d) den mit den Organen des Zentralstaats verflochtenen Politikern das politische Agenda-Setting Monopol nehmen und
- e) die Zentralisierung der Staatstätigkeit beschränken.

Anhänger von Populisten bevorzugen direktdemokratische Instrumente, die wie der Volksantrag, die Volksgesetzgebung oder das fakultative Gesetzesreferendum „vom Volk hin zu den Repräsentanten“ und damit „von unten nach oben“ wirken.⁴⁰ Kritischer sind vereinzelte, von Verfassungsorganen initiierte fakultative Referenden zu beurteilen, die oft nur taktisch und ad-hoc zur Machtsicherung oder zur Durchsetzung einzelner politischer Ziele eingesetzt werden⁴¹ Damit die Wähler Referenden nicht nur nutzen, um aufgestauten Frust abzuladen, sollten direktdemokratische Instrumente schrittweise eingeführt werden, „*over-laid on existing institutions of representative democracy*“.⁴² Zudem sollten die Bedingungen für Referenden als Teil des Verfassungsrahmens festgeschrieben werden.⁴³

Konstitutionelle Schranken politischer Macht

In einer zunehmend komplexen und vernetzten Welt wachsen Regierungen, Verwaltungen und Parlamente immer weiter und schüren populistischen Unmut. Regierende Populisten bauen diese ‚*administrative states*‘ dann aber nicht zurück, sondern nutzen sie einmal an der Macht häufig für ihre eigene Machtsicherung. Ohnehin können die ausgeweiteten Apparate nicht auf „vorindustrielle Form“ zurückgebaut werden.⁴⁴ Gezielte Reformen im Beamten- oder Wahlrecht können dem Eigenleben von Verwaltungen und Parlamenten aber zumindest die Dynamik nehmen und die Kontrollmöglichkeiten der Bürger erweitern.

³⁹ Vgl. Eichengreen (2018, S. 145).

⁴⁰ Patzelt (2018, S. 101).

⁴¹ Patzelt (2018, S. 102f.).

⁴² Matsusaka (2020, S. 239).

⁴³ Andersen et al. (2017).

⁴⁴ Matsusaka (2020, S. 5).

Gutmann und Voigt (2023, S. 381ff.) sprechen von einem „*militant constitutionalism*“, der die Möglichkeiten zum *constitutional engineering* durch autoritäre Populisten wirksam einschränkt. Konkret schlagen sie etwa vor:

- die Hürden für Verfassungsänderungen zu optimieren (nicht zu maximieren), indem nur wenige Grundrechte unabänderlich oder nur durch eine an Einstimmigkeit gebundene Notfallklausel änderbar gemacht werden⁴⁵,
- um überstürzte Verfassungsänderungen in erhitzten Debatten zu verhindern, Verfassungsänderungen an interlegislative Verfahren zu binden („*cooling-of-rules*“)⁴⁶,
- schwer umgehbare Amtszeitbegrenzungen,
- parlamentarische Vetorechte gegen Verordnungen der Exekutive,
- eine striktere Trennung von Legislative und Exekutive, indem Regierungsmitglieder ihr Parlamentsmandat niederlegen müssen,
- unabhängige Wahlkommissionen, die bei Neueinteilung von Wahlkreisen „*gerrymandering*“ verhindern,
- eine Remonstrationspflicht für Beamte verbunden mit einem effektiven Whistleblower-Schutz.

Wettbewerblicher Föderalismus

Von einem wettbewerblichen Föderalismus erhoffen sich Befürworter einen Wettbewerb zwischen den Ebenen um Gesetzgebungs- und Legislativkompetenzen, andererseits einen horizontalen Wettbewerb innerhalb der Föderation um steuerzahlende Bürger und Unternehmen.⁴⁷ Dieser Wettbewerb soll Bürgern und Unternehmen Exit-Optionen eröffnen und Politiker dazu anhalten, ihre politischen Entscheidungen stärker auf diese Vorstellungen der Wähler auszurichten.⁴⁸ Zwei Prinzipien führen zu einem wettbewerblichen Föderalismus: Das Subsidiaritätsprinzip und das Äquivalenzprinzip. Das Subsidiaritätsprinzip erfordert die Zuständigkeit für die Bereitstellung öffentlicher Güter der jeweils möglichst untersten Ebene zuzuordnen, deren Mitglieder diese Zuständigkeiten dann dem Äquivalenzprinzip entsprechend auch finanzieren müssen.

Bewertung

Reformen an den demokratischen und marktwirtschaftlichen Institutionen sind weder schnell umzusetzen, noch wirken sie sofort. Änderungen an der Verfassung sind mit gutem Grund an hohe Hürden gebunden. Änderungen der Debattenkultur erfordern Verhaltensänderungen

⁴⁵ Vgl. Buchanan & Tullocks (1962/1999, S. 247ff.) „*Orthodox Model of majority Rule*“.

⁴⁶ Vgl. Gutmann & Voigt (2023, S. 382), die zudem vorschlagen, in Ausnahmefällen, die schnelle Verfassungsänderungen erfordern, *cooling-of-rules* mit einer Supermehrheit von über 90% aussetzbar zu machen.

⁴⁷ Erlei et al. (2016, S. 462f.).

⁴⁸ Vgl. Apolte (1999, S. 172).

jedes Einzelnen. Gute Vorsätze geraten im konkreten tagespolitischen Diskurs oft in Vergessenheit, wenn sich die Anreizstrukturen in Medien und Politik nicht ändern.

Trotz dieser Schwierigkeiten: Die angesprochenen Reformen sind Investitionen der Gesellschaft in die Resilienz ihrer Demokratie. Sie können eine Gesellschaft dauerhaft vor einer ungesunden Polarisierung, die Politik vor einer Steuerungsüberforderung, die Verbraucher vor wirtschaftlicher Macht und die Bürger vor politischer Macht schützen.

Fallbeispiel AfD

Seit dem Aufkommen der AfD im Jahr 2013 haben die etablierten Parteien mit bescheidenem Erfolg verschiedene Formen der Ausgrenzungsstrategie eingesetzt. So weigerte sich der ehemalige Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder, mit Vertretern der neu gegründeten AfD in Talkshows aufzutreten. Mit dieser Isolationsstrategie hatte die Union bis zu diesem Zeitpunkt erfolgreich Parteien rechts von sich marginalisiert. Auch bei der AfD führte sie als sich selbst erfüllende Prophezeiung zu einer Radikalisierung von Positionen, Mitgliedern und Anhängern der AfD. Anders als die Republikaner oder die NPD ist die AfD jedoch nicht in der rechtsextremen Versenkung verschwunden, sondern kann inzwischen auf einen festen Kern von Anhängern zählen.

Mit der Radikalisierung der AfD und der Strategie, die Positionen der AfD als einen nach Süden zeigenden Kompass zu nutzen und sich möglichst konträr zu ihnen zu positionieren, haben sich die etablierten Parteien zunehmend von den (potenziellen) Anhängern der AfD entfremdet. Diese Entfremdung ist mit keiner der vorgestellten Strategien schnell umzukehren. Eine Fortsetzung der Strategie der undifferenzierten Ausgrenzung, der AfD-Wählerschelte und der inhaltlichen Polarisierung zwischen AfD und etablierten Parteien würde die Entfremdung weiter vorantreiben.

Mit einer partiellen inhaltlichen Annäherung, etwa in der Migrationspolitik, könnte insbesondere die CDU die Lücke bei der Repräsentation konservativer kleinbürgerlicher Schichten nur zu einem Teil schließen, wenn sie glaubhaft machen kann, diese Kursänderung dauerhaft zu vertreten. Die bereits polarisierte Debattenkultur, die in den letzten Jahren radikalisierte AfD, die Pfadabhängigkeiten in der Europa-, Energie-, Migrations- und Klimapolitik, die Uneinigkeit innerhalb der etablierten Parteien und die Abhängigkeit der Union von Koalitionspartnern aus dem linken Spektrum stehen dem Erfolg einer Annäherungsstrategie entgegen.

Schließlich wirken Reformen demokratischer und marktwirtschaftlicher Institutionen nur verzögert. Die Parteien müssen auf die veränderten institutionellen Anreize reagieren und ihre Positionen und Debattenkultur entsprechend anpassen. Mehr direktdemokratische Partizipationsmöglichkeiten können beispielsweise kurzfristig die Wahlchancen der AfD erhöhen, wenn sich an der Ausrichtung der etablierten Parteien nichts ändert. Erst langfristig, wenn auch die potentiellen Anhänger der AfD das Gefühl bekommen, mit dem legitimen Teil ihrer Anliegen ernst genommen zu werden, wird ihr Vertrauen in die etablierten Parteien Stück für Stück steigen.

Es braucht daher eine kluge Kombination der drei möglichen Strategien in Form von

- a) einer klaren Definition und Abgrenzung von rechtsextremen Positionen, aber keiner pauschalen Ausgrenzung der AfD aus dem Diskursraum,
- b) unterscheidbare Positionen der etablierten Parteien, indem a) die Union klare Alternativen zu den Positionen der Ampel vertritt und dabei nicht die Positionen der AfD kopiert, sondern sich auf sich selbst und den Kern konservativ-liberaler Politik besinnt und b) die Ampel sich mit bevormundend und übergriffig empfundenen regulatorischen Eingriffen und einer entsprechenden Rhetorik zurückhält,
- c) Reformen unserer demokratischen Institutionen und unserer Debattenkultur, um der Entfremdung von Repräsentanten und Repräsentierten entgegenzuwirken. Konkrete Vorschläge für strukturelle Reformen umfassen eine Föderalismusreform, die Verantwortung und Finanzierung zusammenbindet, schuldensensitive Mehrheitsregeln⁴⁹, bürokratiebeschränkende ‚One-in-One-out‘-Regeln, die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,⁵⁰ leichterem Wechsel von der Privatwirtschaft und der Wissenschaft in die Politik oder Anpassungen des Wahlrechts und der Abstimmungsverfahren zur Bindung der Politiker an Wahlversprechen⁵¹.

⁴⁹ Schuldensensitive Mehrheitsregeln erfordern zur Verabschiedung staatlicher Budgets umso größere Mehrheiten, umso höher das Budgetdefizit ist (Gersbach 2023).

⁵⁰ Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) soll sich nach dem ‚Beutelbacher Konsens‘ von 1976 an zwei wesentlichen Prinzipien politischer Bildung orientieren, dem ‚Überwältigungsverbot‘ (nicht indoktrinieren) und dem ‚Kontroversitätsgebot‘ (kontroverse Positionen in Wissenschaft und Politik sollen auch in der politischen Bildung kontrovers dargestellt werden) (vgl. Sutor 2002). Beide Prinzipien bzw. didaktische Leitgedanken gilt es bei einer Reform des ÖRR zu stärken.

⁵¹ Gersbach (2023) schlägt etwa vor, dass Politiker, die Wahlversprechen nicht einhalten, nur wenn eine qualifizierte Mehrheit im Bundestag die Wahlversprechen für nichtig erklärt zur nächsten Wahl antreten dürfen, dass Abstimmungsverfahren wie Assessment Voting oder Ko-Voting den Einfluss der Wähler erhöhen oder dass langjährige Amtsträger eine höhere Stimmenzahl zur Wiederwahl benötigen als neue Kandidaten. Bei der Reform des Wahlrechts wurde die Chance verpasst, neben der Verkleinerung des Bundestages auch die Bedeutung der Erststimme zu stärken

Fazit

„Instead of rejecting [...] populist movements, we should understand them and so help to direct their destructive force toward the crony component of capitalism, not capitalism itself.”

Luigi Zingales (2014)

Auch wenn sich die einzelnen populistischen Parteien, Bewegungen und Politiker in Zeit und Raum unterscheiden, teilen sie ähnliche Ursachen – einen wirtschaftlichen und kulturellen Wandel sowie eine zunehmende Entfremdung der politischen, medialen und kulturellen Eliten von einer traditionellen, tendenziell kleinbürgerlichen Mittelschicht in westlichen Demokratien. So unangenehm populistische Parteien auch sein mögen, ihr Erfolg ist aus zwei Gründen ernst zu nehmen: Erstens, da Populismus eine Tendenz hat, sich zu radikalieren und sich mit Ideologien wie dem Nationalismus und dem Sozialismus zu einer unheilvollen autoritären Allianz zu verbinden. Und Zweitens, da er als Warnsignal darauf hindeutet, dass Teile der Bevölkerung sich von den demokratischen Institutionen und den politischen, medialen und kulturellen Eliten entfremden und sich von diesen nicht ausreichend repräsentiert fühlen.

Letztlich kommt es auf das Ziel an. Mit der Strategie der Ausgrenzung können Populisten allenfalls kurzfristig klein gehalten werden. Auch mit einer partiellen inhaltlichen und politischen Annäherung können keine Repräsentationslücken und Machtmissbrauch häufig zugrundeliegende strukturelle Probleme gelöst werden. Um an diesen tieferliegenden Ursachen des Populismus anzusetzen, sind dickere Bretter zu bohren. In diesem Beitrag wurden viele in der (populär-)wissenschaftlichen Literatur vorgeschlagenen Reformen und Anpassungen sowohl der demokratischen Institutionen als auch der demokratischen Kultur kurz skizziert. Derartige Reformen und Anpassungen scheitern oft an Beharrungskräften und bereits gut vertretenen Interessen, weshalb etablierte politische Akteure häufig auf die kurzfristig leichter zu verfolgenden Ausgrenzungs- und Annäherungsstrategien ausweichen.

Nachhaltigen Erfolg verspricht, erstarkendem Populismus einen Rahmen aus allgemeinen und abstrakten Regeln entgegenzusetzen, die das Zusammenleben von Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensentwürfen koordinieren, statt sie bestimmten extern vorgegebenen Zielen und Entwürfen zu verpflichten. Unter den verschiedenen Prinzipien, an denen sich Antworten auf die populistische Herausforderung ausrichten können, sticht das Subsidiaritätsprinzip hervor.⁵² Wenn sich der Frust bereits auf unteren Ebenen kanalisiert und dort zu politischen Reaktionen führt, ballt er sich nicht auf der nationalen- oder supranationalen Ebene. Ergänzende konstitutionelle Vorkehrungen können ein autoritäres und totalitäres

⁵² Vgl. für eine ähnliche Schlussfolgerung Goodwin (2011, S. 29).

Abrutschen verhindern, insofern sie von großen Teilen der Bevölkerung verstanden und unterstützt werden. Diese Vorkehrungen einzuführen und im demokratischen Bewusstsein zu verankern ist mühsam. Unsere Demokratie sollte uns diese Mühen wert sein.

Literatur

Ackermann, Ulrike (2020): Das Schweigen der Mitte: Intellektuelle in der Polarisierungsfalle. Darmstadt: WBG.

Akkerman, Tjitske und Matthijs Rooduijn (2015): Pariahs or Partners? Inclusion and Exclusion of Radical Right Parties and the Effects on Their Policy Positions. *Political Studies*, 63(5): S. 1140-1157.

Apolte, Thomas (1999): Die ökonomische Konstitution eines föderalen Systems. Tübingen: Mohr Siebeck.

Art, David (2011): Inside the Radical Right: The Development of Anti-Immigrant Parties in Western Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Bender, Justus (2017): Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland. München: Pantheon.

Beyme, Klaus von (2018): Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie. Wiesbaden: Springer VS.

Brennan, Geoffrey und James M. Buchanan (1980/2000): The Power to Tax. Analytical Foundations of a Fiscal Constitution. The Collected Works of James M. Buchanan, 9, Indianapolis: Liberty Fund.

Canovan, Margaret (1981): Populism. London: London Junction books.

Canovan, Margaret (1999): Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy. *Political Studies*, 47(1), S. 2-16.

Corbu, Nicoleta, Denisa-Adriana Oprea, Elena Negrea-Busuioc und Loredana Radu (2020): 'They can't fool me, but they can fool the others!' Third person effect and fake news detection. *European Journal of Communication*, 35(2), S. 165-180.

Diehl, Paula (2018): Was ist Populismus? bpb vom 4. Dezember 2017. Abgerufen am 28. November 2022. <https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/260878/was-ist-populismus>.

Eichengreen, Barry, Michael R. Haines, Matthew S. Jaremski und David Leblang (2017): Populists at the Polls: Economic Factors in the 1896 Presidential Election. NBER Working Paper, 23932.

Eichengreen, Barry (2018): The Populist Temptation: Economic Grievance and Political Reaction in the Modern Era. Oxford: Oxford University Press.

Erlei, Mathias, Martin Leschke und Dirk Sauerland (2016): Institutionenökonomik. 3. Auflage, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.

Farkas, Johan und Jannick Schou (2019): Post-Truth, Fake News and Democracy: Mapping the Politics of Falsehood. Routledge.

Frank, Thomas (2020): The People, No. A Brief History of Anti-Populism. New York: Metropolitan. Kindle Edition.

Frey, Bruno und Oliver Zimmer (2023): Mehr Demokratie wagen. Für eine Teilhabe aller. Berlin: Aufbau Verlage.

Friedman, Jeffrey (2020): Power without Knowledge. A Critique of Technocracy. New York: Oxford University Press.

- Funke, Manuel, Moritz Schularick und Christoph Trebesch (2020): Populist Leaders and the Economy. CEPR Discussion Paper 15405.
- Gersbach, Hans (2023): Ordnungspolitik für morgen. FAZ-Online vom 5. Februar 2023. Abgerufen am 13. Februar 2023. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/soziale-marktwirtschaft-ordnungspolitik-fuer-morgen-18649194/hans-gersbach-war-vorsitzender-18649192.html>.
- Goodhart, David (2017): The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics. London: C. Hurst, Kindle Edition.
- Goodwin, Matthew (2011): Right Response. Understanding and Countering Populist Extremism in Europe. London: Chatham House.
- Goodwyn, Lawrence (1978): The Populist Moment: A Short History of the Agrarian Revolt in America. Oxford, London, New York: Oxford University Press.
- Gutmann, Jerg und Stefan Voigt (2023): Militant constitutionalism: a promising concept to make constitutional backsliding less likely? Public Choice, 195, S. 377-404.
- Haidt, Jonathan (2013): The Righteous Mind: Why Good People are Divided by Politics and Religion. London: Penguin Books.
- Häring, Norbert (2021): Endspiel des Kapitalismus. Wie die Konzerne die Macht übernahmen und wie wir sie zurückholen. Köln: Quadriga.
- Hartleb, Florian (2017): Die Stunde der Populisten. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Hicks, John D. (1931): The Populist Revolt: A History of the Farmers' Alliance and the People's Party. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Hoffmann, Christian P. (2020): Techlash: Digitale Plattformen zwischen Utopie und Dystopie. In: Russ-Mohl (2020): Streitlust und Streitkunst: Diskurs als Essenz der Demokratie. Köln: Halem, S. 66-91.
- Hübl, Philipp (2019): Die aufgeregte Gesellschaft. Wie Emotionen unsere Moral prägen und die Polarisierung verstärken. München: C. Bertelsmann.
- Inglehart, Ronald und Pippa Norris (2019): Cultural Backlash. Trump, Brexit, and authoritarian Populism. Cambridge University Press. Kindle Edition.
- Jacobs, Kristof, Agnes Akkerman und Andrej Zaslove (2018): The voice of populist people? Referendum preferences, practices and populist attitudes. Acta Polit 53, S. 517-541.
- Jörke, Dirk und Veith Selk (2020): Theorien des Populismus zur Einführung. 2. Aufl., Hamburg: Junius.
- Kaltwasser, Cristobal (2017): Populism and how to respond to it. In: Kaltwasser, Taggart, Espejo, Ostiguy (Hrsg.): The Oxford Handbook of Populism. Oxford/New York: Oxford University Press, S. 489-507.
- Kielmansegg, Peter Graf (2017): Populismus ohne Grenzen. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 13.02.2017, 37, S. 6.
- Kolev, Stefan (2019): Populismus in Ost und West. Wiederveröffentlichter Artikel aus dem Humboldt Symposium. Abgerufen am 06. Februar 2021. <https://www.hufw.de/2020/12/14/populismus-in-west-und-ost/>.
- Krastev, Ivan und Stephen Holmes (2019): Das Licht, das erlosch: eine Abrechnung. Berlin: Ullstein.
- Kuran, Timur (1997): Leben in Lüge. Präferenzverfälschungen und ihre gesellschaftlichen Folgen. Übersetzung von Ekkehard Schöller, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Levitsky, Steven und Daniel Ziblatt (2018): How Democracies Die: The International Bestseller: What History Reveals About Our Future. New York: Crown.

- Lilla, Mark (2019): Identität und Identifikation. In: Mouffe et al. (Hrsg.): Wenn Demokratien demokratisch untergehen. Wien: Passagen, S. 137-146.
- Lochocki, Timo (2018): Die Vertrauensformel. So gewinnt unsere Demokratie ihre Wähler zurück. Freiburg: Herder.
- Luhmann, Niklas (2008): Die Moral der Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Matsusaka, John G. (2020): Let the People Rule: How Direct Democracy Can Meet the Populist Challenge. Princeton University Press.
- Misik, Robert (2020): Die falschen Freunde der einfachen Leute. Bundeszentrale für politische Bildung, Band 10535, Bonn.
- Moffitt, Benjamin (2017): Populism in Australia and New Zealand. In: Kaltwasser, Taggart, Espejo, Ostiguy (Hrsg.): The Oxford Handbook of Populism. Oxford/New York: Oxford University Press, S. 121-139.
- Mounk, Yascha (2018): Der Zerfall der Demokratie. München: Droemer.
- Müller, Jan-Werner (2016): Populismus. Symptom einer Krise der politischen Repräsentation. Aus Politik und Zeitgeschichte 40-42/2016, S. 24-29.
- Müller, Jan-Werner (2021): Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit. Berlin: Suhrkamp.
- Münch, Ursula (2020): Bedroht die digitale Transformation die liberale Demokratie? In: Münch/Kalina (Hrsg.): Demokratie im 21. Jahrhundert. Theorien, Befunde, Perspektiven. Baden-Baden: Nomos, S. 231-252.
- Murray, Charles (2012): Coming Apart. The State of White America 1960-2010. New York: Crown Forum.
- Patzelt, Werner (2018): Mehr „direkte“ Demokratie! Aber was und wofür? In: Von Arnim (Hrsg.): Erosion von Demokratie und Rechtsstaat? Berlin: Duncker & Humblot, S. 81-107.
- Philippon, Thomas (2019): The Great Reversal. How America Gave Up on Free Markets. Cambridge/London: Harvard University Press.
- Priester, Karin (2012): Rechter und Linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt, New York: Campus
- Protzer, Eric und Paul Summerville (2022): Reclaiming Populism: How Economic Fairness Can Win Back Disenchanted Voters. Cambridge: Polity Press.
- Przeworski, Adam (2020): Krisen der Demokratie. Edition Suhrkamp. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2020): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin: Suhrkamp.
- Riera, Pedro und Marco Pastor (2021): Cordons sanitaires or tainted coalitions? The electoral consequences of populist participation in government. Party Politics, S. 1-14.
- Riker, William H. (1988): Liberalism against Populism: A Confrontation between the Theory of Democracy and the Theory of Social Choice. Long Grove: Waveland.
- Rödter, Andreas (2019): Konservativ 21.0: Eine Agenda für Deutschland. München: C.H. Beck.
- Rosanvallon, Pierre (2020): Das Jahrhundert des Populismus. Geschichte, Theorie, Kritik. Hamburg: Hamburger Edition.
- Rummens, Stefan (2017): Populism as a threat to liberal democracy. In: Kaltwasser, Taggart, Espejo, Ostiguy (Hrsg.): The Oxford Handbook of Populism. Oxford/New York: Oxford University Press, S. 554-570.
- Schäfer, Armin und Michael Zürn (2021): Die demokratische Regression. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Sutor, Bernhard (2002): Politische Bildung im Streit um die "intellektuelle Gründung" der Bundesrepublik Deutschland. APuZ vom 12. November 2002. Abgerufen am 28. November 2022. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/26627/politische-bildung-im-streit-um-die-intellektuelle-gruendung-der-bundesrepublik-deutschland/>.

Stadelmann, David (2020): Die öffentliche Meinung der schweigenden Mitte fehlt. Wirtschaftliche Freiheit vom 28. Juli 2020. Abgerufen am 28. November 2022. <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=27467>.

Taggart, Paul und Andrea L. P. Pirro (2021): European populism before the pandemic: ideology, Euroscepticism, electoral performance, and government participation of 63 parties in 30 countries. *Italian Political Science Review*, 51, S. 281-304.

Van Spanje, Joost und Wouter van der Brug (2007): The Party as Pariah: The Exclusion of Anti-Immigration Parties and Its Effect on Their Ideological Positions. *West European Politics*, 30 (5), S. 1022-1040.

Vance, J.D. (2016/2017): *Hillbilly Elegy. A Memoir of a Family and Culture in Crisis*. London: William Collins.

Zaslove, Andrej, Bram Geurkink, Kristof Jacobs und Agnes Akkerman (2021): Power to the people? Populism, democracy, and political participation: a citizen's perspective. *West European Politics*, 44(4), S. 727-751.

Zingales, Luigi (2014): *A Capitalism for the People. Recapturing the Lost Genius of American Prosperity*. New York: Basic Books.